

Die Kunst unter der Parteidisziplin

SED verschärft Gegensatz zwischen Künstlern und Kulturfunktionären

Seit Mitte dieses Jahres hat die SED eine „Kulturkonferenz“ vorbereitet, auf der — wie es hieß — „alle bestehenden Differenzen und unterschiedlichen Auffassungen über Fragen der Kunst im Sinne eines echten Meinungsstreites beseitigt werden sollen.“ Zweimal hat man die Konferenz verschoben, das letztmal nach der Flucht des SED-Literaten Kantorowicz. Jetzt ging sie in Ostberlin über die Bühne, als ein schlecht inszeniertes Trauerspiel mit dialektischen Dissonanzen. Die Differenzen sind nicht nur geblieben, sie haben sich dank dem unversöhnlichen Auftreten einiger Stalinisten vom Schlage eines Alexander Abusch wesentlich verschärft. Der „Meinungsstreit“ aber unterblieb — man ging in böser Uneinigkeit auseinander. „Gesiegt“ hat die Parteidisziplin, verloren aber haben Kunst und Kultur.

Worum ging es? Seit Ungarn und dem Warschauer Oktober klappt eine tiefe Lücke zwischen den mit ihrem eigenen Gewissen in Konflikt geratenen Künstlern der Partei und den ihnen vorgesetzten SED-Kulturfunktionären. Da letztere auf der im Frühjahr stattgefundenen SED-Schriftstellerkonferenz etwas in den Hintergrund geschoben wurden, wollte die Partei diesmal durch einen Massenaufmarsch hartgesottener Stalinisten die wider den Stachel löckenden Künstler und Literaten unter den Tisch diskutieren.

Ohne jedes Niveau

Auf diese Art wurde die unter ideologischen Schmerzen geborene „Kulturkonferenz“ in ein Diskussionsforum unqualifizierter Funktionäre verwandelt, die jene rasch zum Verstummen brachten, welche wirklich etwas sagen wollten. Viele SED-Schriftsteller und Künstler hatten echte politische und geistige Anliegen, mit denen sich die Partei hätte auseinandersetzen müssen. Statt dessen sprach man über die „Qualitätsverbesserung von Druckerzeugnissen“ wie über die Zubereitung einer besonderen Mayonnaise. Man klagte jene Partei-Intellektuellen an, die nach dem vergangenen

Herbst eigene Wege gesucht hatten. Aber man ließ sie nicht erklären, warum sie den alten Weg verlassen hatten und ob der von ihnen beschrittene nicht doch vielleicht in neue künstlerische Gebiete führen könnte.

Wo aber kein Meinungsstreit ist, sondern nur noch Selbstanklagen und Rechtfertigungsversuche erbärmlicherer Prägung zugelassen sind, wie soll da Neues geboren werden? Man klagte einen FDJ-Dichter, wie Armin Müller, an, weil er — beschwingt durch polnische Vorbilder — in freieren Jamben zu reimen versuchte. Ein anderer hatte etwas Ähnliches wie die jetzt verbotene polnische Studentenzeitschrift „Po prostu“ gefordert. Nun wurden ihm „kapitalistische Restaurationsversuche“ vorgeworfen...

Ohne Zukunftswerte

Das war das auffallendste an dieser Konferenz: Man erlebte es in allen Diskussionen, daß die Normen für die sowjetzonalen Kunst den gleichen Schwankungen wie die Parteilinie unterworfen sind. Der Dichter beginnt ein den ideologischen Normen entsprechendes Buch zu formen, und ehe er es beenden kann, hat er seine Meinung über dieses Thema viermal ändern dürfen. So entsteht eine Literatur ohne

Zukunftswerte. Die Malerei ist „sozialistische“ Plakatur, die schon wenige Jahre später niemand mehr verstehen wird. Das hängt in den Bildergalerien wie die Aufbauplakte an den von Jungkommunisten beklebten Bretterzäunen. Man kommt in Versuchung, jedesmal zu fragen: „Warum hängt denn das Zeug noch? Habt ihr nichts Neues, Aktuelleres?“

Gibt es ein einziges Werk — sei es ein Bild, ein Buch oder eine Kantate —, das seit 1945 in der Sowjetzone entstanden ist und unsere Generation überdauern wird? Auf diese Art hat man den Künstler zum Agitator für Tagesprobleme gemacht. Was er heute schafft, ist morgen schon überholt oder gar verboten. Kann man Johannes R. Bechers „Tagebücher“ — vor wenigen Jahren geschrieben — heute noch einmal verlegen?

Soll man über jene SED-Kulturkonferenz berichten, daß die „Kulturbund“-Gruppe um Abusch und den „Aufbau“-Verlagsleiter Gysi die Becher und Langhoff etwas kritisieren durfte, daß jene Selbstkritik übten, daß man ein paar junge „Avantgardisten“ zur Ordnung rief und daß 90 Prozent aller geladenen SED-Künstler nicht ein einziges Mal den Mund auf-taten? Und daß unter diesen 90 Prozent gerade jene waren, die etwas hätten sagen können?

Das Fazit allein ist zu vermerken: Der Massenaufmarsch der Kulturfunktionäre war beängstigend imposant, was sie sagten, war dummes Zeug. Mit was sich die Angesprochenen verteidigten, war erbärmlich und die einzige Dummheit, die nicht geschehen konnte, war das „grundlegende Referat“ Walter Ulbrichts. Der lag im Bett und hatte die Grippe...

Im richtigen Zeitpunkt

DT. Die britisch-amerikanische Zusammenarbeit ist wieder gefestigt. Und damit die Gemeinschaft Amerikas mit Europa, Premierminister Macmillan hat das Hauptziel seiner Reise in die Vereinigten Staaten erreicht. Das war nicht allzu schwer, denn Eisenhower ist ihm entgegengekommen. Bestätigt wurde die Überlegung, daß der sowjetische Erdsatellit die beiden zusammenbringen müßte und darüber hinaus alle Partner der atlantischen Gemeinschaft.

Atlantische Gemeinschaft — das heißt schlicht und einfach: NATO. Sollte die britisch-amerikanische Begegnung nicht nur militärisch, sondern vor allem auch psychologisch eine Durchschlagskraft bekommen, dann mußte sie die angelsächsische Partnerschaft übersteigen, dann mußte der NATO-Chef Spaak, dieser traditionelle und eindrucksvollste Sprecher der kleinen europäischen Nationen, hinzugezogen werden.

Erfolg für alle

Macmillan kehrt also nach Hause zurück mit dem Triumph, erfolgreicher Sprecher und Fürsprecher des westlichen Europa zu sein. Er hat seine gute Chance genützt und ist zu beglückwünschen. Ein Raketenpakt — London — Washington scheint sicher, die Abänderung des USA-Atomgesetzes über die strikte, aber überholte Geheimhaltung der amerikanischen Forschungsergebnisse sehr wahrscheinlich. England kann und wird als dritte Atommacht zuerst davon profitieren. Aber die anderen westeuropäischen Länder werden nachfolgen, und darauf kommt es an. Es kommt darauf an, daß auf dem sehr realen Gebiet der waffentechnischen Weiterentwicklung die Geschlossenheit der NATO-Partner überzeugend ausgedrückt wird. Bestünde diese Organisation nicht, bestünde jetzt lediglich ein britisch-amerikanisches Zusammengehen ohne Übergreifen auf das europäische Festland, dann könnte eine solche zweiseitige britisch-amerikanische Demonstration

eher eine Ermutigung für Moskau sein, ein nichtbeteiligtes Westeuropa gegen die Angelsachsen auszuspielen.

Die NATO, oft kritisiert und als überholt bezeichnet, zeigt hier wieder ihren aktuellen Wert: zur Stabilisierung des Friedens beizutragen. Was in Washington jetzt beschlossen wurde, ist nicht ein neuer Aufguß des kalten Krieges. Es ist eine Folgerung, die sich aus dem Zeitnotwendigen ergibt. Aus der Entwicklung der Raketentechnik nämlich (die Moskau durch seine Sputnik-Propaganda sehr bewußt im Stile selbstherrlicher Stärke entwickelt hat!), aus der neuesten Phase des damit von Moskau weitergeführten Nervenkrieges im Nahen Osten, und schließlich aus der strikten sowjetischen Weigerung, die Entspannung dort wirklich zu fördern, wo sie mit gutem Willen erreicht werden könnte: in Mitteleuropa, in Deutschland.

Appell an den Osten

Die Kritiker der atlantischen Politik werden auch jetzt den Vorwurf erheben, dem Communiqué von Washington ermannte jegliche Phantasie, die festgefahrene Situation zwischen Ost und West weiterzubringen. Derartige phantasiervolle Vorschläge enthält das Communiqué in der Tat nicht, und auch die beabsichtigte „Gipfelkonferenz“ der westlichen Regierungschefs mit Eisenhower dürfte kaum mehr als Demonstration werden. Doch das besagt nicht, daß damit westlicherseits die Dinge erledigt sind und daß man im Bewußtsein wiedergefundener Einheit die Tür des NATO-Gemeinschaftsraumes zuschlägt, um sich zu isolieren. Dieses Washingtoner Ergebnis gefestigter Einheit sollte dem Osten die Einsicht nahelegen, daß es sich sehr real empfiehlt, in ein ersprießlicheres Gespräch zu kommen, als das etwa bei den Londoner Abrüstungsverhandlungen der Fall gewesen ist.

Eine Fehlspekulation

Diese Voraussetzung ist nun einmal notwendig. Die Versuche Moskaus hatten nicht nachgelassen, Keile zwischen Amerika und seine alten Freunde, also in das NATO-

Paktssystem zu treiben. Am gefährlichsten tritt das jetzt im türkisch-syrischen Konflikt in Erscheinung, wo die Amerikaner in die Schwierigkeit gebracht werden sollen, sich entweder für den arabischen Nationalismus oder für die „kolonialistische“ britische Bagdad-Paktolitik zu entscheiden. Eisenhower hat sich, wie wir zu Beginn der Besprechungen am Donnerstag kombinierten, in der Nahostfrage zurückgehalten, er tritt nicht Arm in Arm mit Macmillan den Arabern gegenüber, gibt aber zu erkennen, daß das atlantische Bündnis auch das Mittelmeer und die Türkei umfaßt. Es ist also eine sowjetische Fehlspekulation gewesen, mit der Einbeziehung des NATO-Landes Türkei den arabischen Konflikt zu schüren und Amerika in eine bedenkliche Situation zu bringen. Denn hier gibt es kein diplomatisches Hin und Her, keine Taktiken mit Sonderbeauftragten, Regierungsstürzen, halblegalen Waffenlieferungen, hier gibt es für Amerika kein zögerndes Bedenken, sondern die klare Feststellung, zu seinem Vertragspartner mit allen Konsequenzen zu stehen.

Deutschlandpolitik . . .

Eine Klärung, notwendig zu diesem Zeitpunkt, erfährt auch die atlantische Deutschlandpolitik. Das Bekenntnis zur Wiedervereinigung ist eines von vielen, aber es ist wertvoll, weil es jetzt erfolgte als Antwort auf die unwillige Handbewegung, mit der Gromyko gegenüber Dulles die notwendige Erörterung dieses Problems ablehnte. Und es ist wertvoll als Reaktion auf die jugoslawische Anerkennung Pankows. Der sowjetischen Spekulation auf Ermüdungserscheinungen des Westens in dieser Frage, auf das Resignieren der Welt vor einem von Jugoslawien und nachfolgenden Staaten anerkannten Doppeldeutschland ist erneut entgegengetreten worden. Der Gefallen, den Tito der sowjetischen Deutschlandpolitik mit der Anerkennung Pankows erwiesen hat, veranlaßte nun die angelsächsischen Mächte, erneut und in diesem Augenblick eindrucksvoll klarzustellen, in welchem Irrtum sich die Sowjets befinden.

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie in der sowjetischen Besatzungszone erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Jakob Kaiser

DT. Zu den Männern, deren Tätigkeit als Bundesminister mit der feierlichen Vereidigung der neuen Bundesregierung ein Ende fand, gehört einer, dem Berlin und die Landsleute Mitteldeutschlands besonders verbunden sind. Als Jakob Kaiser im letzten Sommer erklärte, mit Rücksicht auf seine schwere Krankheit für den dritten Bundestag nicht zu kandidieren, hatte er damit auch über sein Amt als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen bereits entschieden.

Als er dieses Ministerium bei der Bildung der ersten Bundesregierung 1949 vorschlug und dann schuf, war er sich klar darüber, wie undankbar die neue Arbeit sein würde. Er hielt es für seine Pflicht, die Aufgabe fortzuführen, die er sich nach dem Zusammenbruch 1945 gestellt hatte, und die er als Führer der Christlich-Demokratischen Union der sowjetischen Besatzungszone und Berlins bis zum blockierenden Eingriff der Sowjets 1947 von Berlin aus mit Mut, Zähigkeit und Umsicht erfüllte. Der kommunistischen Überwältigung Mitteldeutschlands entgegenzuwirken, den wirklichen Willen der Deutschen zwischen Oder und Elbe auszusprechen, politisch und geistig den Machthabern der Zone auf der Spur zu bleiben, zugleich aber den Willen unseres ganzen Volkes zur deutschen Einheit zu mobi-

Regierungserklärung in Bonn

Außen- und Rüstungspolitik werden fortgesetzt
Von unserem Bonner Korrespondenten

Bonn (Eigenbericht). Mit der Vereidigung der neuen Bundesregierung und der Regierungserklärung Dr. Adenauers vor dem Bundestag ist die politische Arbeit der nächsten vier Jahre eingeleitet worden. Der Bundeskanzler kündigte in seiner eineinhalbstündigen Regierungserklärung die Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik und der Aufrüstung der Bundesrepublik an. Auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet sprach er sich für eine echte Steuer- und Finanzreform und für die Vollendung der Sozialreform aus.

Die traditionelle große Parlamentsdebatte über die Regierungserklärung findet auf Wunsch der Opposition erst in der kommenden Woche statt. In ersten Stellungnahmen wurde jedoch scharfe Kritik an Einzelheiten der Regierungserklärung geübt.

lisieren, ihn nach Ost und West kundzutun und jede Resignation abzuwehren — für diese schwere Aufgabe war Jakob Kaiser der leidenschaftliche Anwalt.

Kein einzelner, auch kein Minister und kein Ministerium kann die Wiedervereinigung schaffen. Die deutsche Einheit bedarf vielfältiger Anstrengungen auf allen Feldern der Politik, den nationalen und den internationalen. Sie bedarf jedoch nicht nur der Politik, sondern der Anteilnahme des ganzen Volkes. Gerade aus dieser Überzeugung hat Jakob Kaiser seit 1949 unermüdet für die Aufgabe der Wiedervereinigung gesprochen und gearbeitet. Heute ist diese Einsicht Allgemeingut, 1949 war das ganz anders...

Wenn Jakob Kaiser jetzt aus der amtlichen Politik ausscheidet, so soll das nicht das Ende seines politischen Wirkens sein. Er hat noch Möglichkeiten und Verantwortungen genug als führendes Mitglied des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, als Vorsitzender der Exil-CDU, als stellvertretender Vorsitzender seiner Gesamtpartei, um nur einige zu nennen. Möge seine Gesundheit so schnell und gründlich fortschreiten, daß er mit seiner pflichttreuen und Redlichkeit bald wieder an gesamtdeutsche Arbeit gehen kann.

Nach der Vorschrift des Grundgesetzes leistete Dr. Adenauer den Eid: „Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“ Nach ihm wurden die siebzehn Bundesminister, die im Cut oder schwarzen Anzug erschienen waren, zur Eidesleistung aufgerufen. Jeder von ihnen trat vor den Bundestagspräsidenten, hob die Hand zum Schwur und sagte: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.“ Der bisherige Finanz- und jetzige Justizminister Fritz Schäfer wurde von der Opposition mit ironischer Heiterkeit empfangen, die ihn einen Augenblick zu verwirren schien.

„Frieden bleibt erhalten“

Die auf die Vereidigung folgende Regierungserklärung wurde vom Bundestag nur selten durch Beifall oder Zwischenrufe unterbrochen. Dr. Adenauer ging von der Feststellung aus, daß die Bundesregierung bei den Wahlen den Auftrag erhalten habe, ihre bisherige Politik fortzusetzen. Er erklärte, daß der Frieden seiner Ansicht nach in den nächsten Jahren erhalten bleibe, aber geringere und größere Störungen zu erwarten seien, denen der Westen in Einigkeit begegnen müsse.

Das Bundesfinanzministerium soll künftig eine echte Steuer- und Finanzreform vorbereiten. Durch diese Reform und durch andere Maßnahmen sollen die Schaffung von Kapital und die Streuung des Besitzes verbessert werden.

Die Sozialreform wird fortgesetzt.

Unbeirrte Gemeinde

DT. Nein, es war keine fröhliche gesamtdeutsche Wallfahrt. Es war eher eine sehr nüchterne Begegnung von Deutschen aus Ost und West, die das Herbsttreffen des Evangelischen Kirchentages in Berlin zusammengeführt hatte. Zu den Entdeckungen unserer Zeit sollte es gehören, daß Christen am ehesten geeignet sind, ohne Illusionen zu sein und ohne solche Täuschungen leben zu können. Wenn das Kirchentags-treffen trotzdem gesamtdeutsches Ereignis wurde, so deshalb, weil es kaum noch eine Institution zwischen Oder und Saar gibt, die außerhalb des kirchlichen Rahmens etwas ähnlich Gesamtdeutsches zustande brächte.

Vor einem halben Jahre hatten die Bedingungen der SED-Regierung den geplanten großen Kirchentag im Thüringer Raum unmöglich gemacht. Es handelte sich um politische Zumutungen, zum Beispiel um die Forderung, daß auf einem solchen Kirchentag in Erfurt Vertreter des SED-Regimes ihre Politik ausführlich darlegen müßten. Demgegenüber blieb dem Kirchentagspräsidenten nur eine Absage übrig, denn noch nie waren die Kirchentage zu politischen Veranstaltungen mißbraucht worden. Der Zwang, nun andere Wege gehen zu müssen, hat sich jetzt als fruchtbar herausgestellt. Diese große, seit 1949 aufgebrochene Bewegung des Protestantismus steht mit ihren alljährlichen großen Zusammenkünften in der Gefahr, auf eine besondere Weise den Wünschen des modernen Massenmenschen auf religiösem Gebiet entgegenzukommen, ohne jedoch das zu stärken, worauf es eigentlich im christlichen Bereich ankommt: die Gemeinde. Wenn die Hunderttausende sich in den vergangenen Jahren in gewiß unvergeßlichen Stunden in Berlin, in Stuttgart, in Hamburg, in Leipzig und in Frankfurt versammelten, wenn Choräle, Posaunenklänge und das Gebet in den Versammlungsstätten unserer Zeit, den Stadien und großen Wiesen, zum Himmel klang, dann geschah zwar auch etwas im christlichen Sinne. Aber die dort angesprochenen

Menschen verliefen sich wieder bis zum nächsten Kirchentag und tauchten kaum oder nur in geringer Anzahl in den einzelnen Kirchengemeinden als „Wiederbekennende“ auf.

Diesmal also ist der Kirchentag in sich gegangen. Und wenn nicht alle Zeichen trügen, ist ihm das gut bekommen, ihm und den evangelischen Kirchen in Deutschland. Der Schwerpunkt hat sich notgedrungen verlagert: von den großen Veranstaltungen auf die regionalen Kirchentagszusammenkünfte in all diesen Monaten und dann auch in die Delegiertenversammlung hier in Berlin. Sie waren aus gutem Grund nicht öffentlich, denn so konnten sie angesichts des politischen Drucks aus dem Osten offener, ehrlicher, schlichter und — wenn man will — auch unpolitischer sein. Die These von der unteilbaren Kirche darf hier nicht irreführen. Bischof Dibelius hat sie selbst mit einem ahnungs-

schweren Wort korrigiert, als er sagte, kirchliche Organisationen könne man zerschlagen, nicht aber die Zugehörigkeit zu der Gemeinde Jesu Christi.

Wenn es dem SED-Regime gelingen würde, die Christen einseitig zu politisieren, sie propagandistisch einzuspannen, dann wäre Deutschland erst wirklich gespalten. Dann wäre auch in Westdeutschland die Gefahr gegeben, daß selbst christliche Ohren nicht mehr die Worte der Brüder von jenseits der Zonengrenze vernehmen könnten. Diese Gefahr ist da, aber sie ist in diesen Tagen erkannt und vielleicht schon überwunden worden, was immer auch als äußeres Schicksal den Kirchen in Deutschland von den Mächten dieser Welt bereitet werden sollte.

Weder hüben noch drüben gibt es Helden, aber es gibt Christen, die sich ihrer Schwächen und zugleich einer überirdischen Gewißheit im Glauben bewußt sind. Es gibt eine unbeirrte Gemeinde.

Parteisäuberung in Polen

„Widerstand in den eigenen Reihen“

Warschau (AP/DPA). Die Kommunistische Partei Polens hat ihren für Dezember vorgesehenen Parteikongreß mit Rücksicht auf eine zu erwartende Parteisäuberung auf Frühjahr nächsten Jahres verschoben. Gleichzeitig veröffentlichte die Partei eine Rede des Parteisekretärs Gomulka auf der kürzlich abgeschlossenen Sitzung des Zentralkomitees, die scharfe Angriffe gegen „partei-feindliche Gruppen“ innerhalb der Partei enthält.

Wörtlich sagte Gomulka unter Hinweis auf die Oktoberrevolution im vergangenen Jahr: „In unserer Lage, in der verschiedene Kräfte gegen die Politik der Partei arbeiten, genügt es nicht, Entschlüsse zu fassen, die von der Mehrheit der Parteimitglieder unterstützt werden. Die Partei verschwendet zuviel Energie darauf, diese Entschlüsse gegen den Widerstand von Elementen zu verwickeln, die in unseren eigenen Reihen einen ideologischen, moralischen und organisatorischen Verfall hervorgerufen.“ Die Partei werde in Zukunft „alle organisierte und

individuelle Aktivität, die sich gegen die Parteilinie richtet“, bekämpfen.

Er bezweifelte nicht, erklärte Gomulka weiter, daß die Mehrheit der rund 1,3 Millionen Mitglieder der Partei trotz des Vorhandenseins einiger Gruppen von „Revisionisten und Dogmatisten“ treu zur marxistischen Grundlage stehe. In der Zeit vor dem Kongreß dürfe jedoch die Diskussion nicht in einer Atmosphäre des Zweifels über die Möglichkeiten des Aufbaues des Sozialismus in Polen geführt werden. Auch dürfe die Diskussion nicht durch absurde Theorien über die „geographische Lage Polens“ beeinflusst werden.

Der Parteisekretär schlug vor, die Mitgliederzahl der Partei um die Hälfte zu vermindern. Der passive Teil der Mitgliedschaft, der lediglich eingetreten sei, um „seine eigenen Interessen“ zu verfolgen, sollte austreten.

Wie offiziell bekanntgegeben wurde, hat die KP Polens innerhalb eines Jahres bereits über 100 000 Mitglieder verloren.

So sind sie wirklich:

Läßt sich die Kunst ideologisch verwalten?

Das Kommuniqué der 33. ZK-Tagung — jene hat Mitte Oktober stattgefunden — enthält den knappen Vermerk, daß das Mitglied des Zentralkomitees, Paul Wandel, seine Funktion als einer der Sekretäre Walter Ulbrichts niederlegte. Wandel war Sekretär für Unterricht und Erziehung und durch den weiten Rahmen seiner Tätigkeit allmählich immer mehr auch zu einem „Sekretär für Kunst und Erziehung“ geworden. Die Hintergründe seiner Demission sind kaum bekannt. Nur wenige wissen, daß Wandel — unter sanftem Druck allerdings — freiwillig abgetreten ist.

Daß dieses Ereignis unmittelbar vor der SED-„Kulturkonferenz“ geschah, ist kein Zufall. Wandels begrenztes Aufnahmevermögen für künstlerische Belange hatte ihn im Laufe der letzten anderthalb Jahre zu einer Art Witzfigur im Glaspalast des Zentralkomitees gemacht. Er hatte die Kunst in den Dienst der kommunistischen „Volksaufklärung“ zu stellen und ideologisch zu verwalten gesucht. Wo eine Brücke zu den Partei-Intellektuellen geschlagen werden mußte, hatte er Rundschreiben verschickt. Er bestellte Zeiträume und sozialistische Opern, wie ein Werkleiter über Schraubenlieferungen disponiert. Sein unumstrittener Vorzug aber war, daß er von all diesen Dingen nichts verstand. So hatte der von ihm „verwaltete“ Künstler die Chance, gelegentlich doch etwas Eigenes zu schaffen.

Kultur auf Karteikarten

Man witzelte in Parteikreisen, Wandel habe die gesamte Kultur auf Karteikarten gezogen, er könne damit jeden Parteilünstler einer von vier Hauptgruppen und siebzehn Untergruppen zuordnen. Das ist vielleicht übertrieben, aber Wandels Arbeitsweise reizte zu solchem Vergleich. Nur vergessen die meisten, die ihn kritisieren, woher Wandel seine Erfahrungen im Umgang mit Künstlern besitzt. . . .

PAUL WANDEL

Der demissionierte ZK-Sekretär ist in diesem Februar 52 Jahre alt geworden. Sohn eines Mannheimer Arbeiters, besuchte er die Volksschule, um Maschinenschlosser zu werden. Nach kleiner Irrfahrt in der „Christlichen Jugend“ wurde er als 14-jähriger Mitglied der SAJ. Seit 1923 ist Wandel Mitglied der Kommunistischen Partei. Dennoch erwarb er sich in der Weimarer Zeit keinerlei besondere Parteilinien. 1933 emigrierte er — zwei Tage vor Hitlers Machtergreifung — in die Sowjetunion. Die Parteibiographie hat dieses Datum schicklich in den Februar verlegt. In Moskau wurde er sofort Mitglied der KPdSU und verzichtete offiziell auf die deutsche Staatsbürgerschaft, um die Sowjetbürgerschaft zu erhalten. Am Marx-Engels-Lenin-Institut belegte er die Fächer Kulturphilosophie und Agitationsmethodik. Dadurch wurde er später Leiter der deutschen Komintern-Sektion und Lehrer an der Komintern-Schule. An der Lomonossow-Universität dozierte der für seine trockenen Vorlesungen bekannte Wandel über Germanistik.

Chefredakteur in Pankow

1945 trat Wandel wieder als deutscher Bürger auf, wurde Mitglied der KPD und übernahm als Chefredakteur die „Deutsche Volkszeitung“, aus der dann das „Neue Deutschland“ hervorgegangen ist. Wenig später wurde er aberufen, durch den später in der Parteiverbannung umgekommenen Lex Ende ersetzt und selbst zum Chef der „Deutschen Verwaltung für Volksbildung“ erhoben. Aus dieser Funktion ergab sich bei Gründung der „DDR“ automatisch der Ministerposten.

Im Mai 1952 wurde Wandel zum „Leiter der Koordinierungs- und Kontrollstelle für Unterricht, Wissenschaft und Kunst beim Ministerpräsidenten der DDR“ ernannt. Diese Nominierung war mit der Absicht verbunden, das betreffende Ressort unmerklich aus der Regierungssphäre direkt in den Parteiapparat überzuleiten. Tatsächlich wurde Wandel bereits im Juli 1953 als Sekretär für Unterricht und Erziehung in das Zentralkomitee berufen, schied aber aus optischen Gründen erst im Januar 1954 aus dem Kabinett Grotewohl aus.

Seither versuchte Wandel im Parteauftrag, vom ZK aus „die nichttechnische Intelligenz zu verwalten“. Seine Kompetenzen waren niemals genau abgegrenzt, viel Ärger hat es darum gegeben. Man hat den knochentrockenen Funktionär mit Ämtern und Ehren überhäuft. Lange Zeit galt er als „graue Eminenz“ in der Ulbricht-Equipe, und seine jetzige Absetzung ist keinesfalls gleichbedeutend mit dem endgültigen Abgang aus der Partei- und Regierungspolitik. So wie ein Honecker einst die FDJ-Führung abgab, um einen der wichtigsten Posten im ZK zu übernehmen, so ist es heute möglich, daß Wandel aus dem ZK abtritt, um beispielsweise die Leitung des kommunistischen „Kulturbundes“ zu ergreifen.

Ebenso wie es möglich ist, daß der unbeliebte und vielfach konkurrierende Wandel morgen wegen irgendeiner ideologischen Verirrung in die Wüste abgeschoben wird.

Übrig bleibt die Tatsache der Existenz solcher Kunst- und Erziehungsfunktionäre, denen Wissenschaftler und Künstler ausgeliefert sind, von denen sie auf Karteikarten gezogen und eingestuft werden wie die Transportarbeiter in einem Be- und Entladebetrieb. . . .

Zu früh geopfert Gartzenzwerge

Antikitschkampagne der NDPD verdarb eine Exportchance

Die „National-Demokratische Partei“ hat im vergangenen Jahr in einer ganz unpolitischen Affäre von sich reden gemacht. In einem „Feldzug gegen den Kitsch“ hatte sie es auf Nippes und Gartzenzwerge abgesehen. NDPD-Mitglieder wurden als „Antikitschaufklärer“ eingesetzt, die „Nationalzeitung“ opferte dieser Geschichte etliche Seiten, und ernsthafte Männer widmeten dem Ganzen halbe Doktordissertationen. Der Erfolg: Unter Hinweis auf Materialknappheit und Arbeitskräftemangel wurden vier sowjetzonale Kleinbetriebe — die unter staatlicher Verwaltung standen — gezwungen, ihre Kitschproduktion einzustellen. Jetzt — ein Jahr später — haben das die Verantwortlichen bitter bereut.

Was geschah? Die vier Zonenbetriebe — die mit ihrem Absatz im Inland nicht mehr recht zufriedener waren — hatten gerade während der NDPD-Kampagne wichtige Exportbeziehungen angeknüpft. Sie wollten röhrende Gipshirsche und uhrentragende Glaslöwen nach Westafrika und Übersee schicken, um im Austausch „harte Ware“ hereinzuholen. Ehe sie dies jedoch bei der Pankower Außenhandelszentrale durchbringen konnten, hatten ihnen die von der NDPD aufgestachelten Handelszentralen sämtliches Material entzogen. Zwei Betriebe gingen ein, die beiden anderen stellten sich um auf — Rüstungsbedarf ...

„Liefere Gartzenzwerge!“

Indessen waren die überseeischen und afrikanischen Gesprächspartner der sächsischen Gartzenzweigproduzenten auf den Geschmack gekommen und wandten sich nun an fünf große westdeutsche Keramikfirmen, um Kitscheinkäufe anzumelden. Gartzenzwerge, so schrieben sie, hätten sich als Schmuckstücke für Millionärsvillen und Campingplätze bewährt, Löwen mit Weckuhr würden den Händlern geradezu aus den Händen gerissen, und nichts ginge über einen bayrischen Bierseidel mit preußischer Pickelhaube.

Was einst als Nebenproduktion erledigt wurde, bringt nun der westdeutschen Keramikindustrie Millionenverdienste. Die sächsischen Kitschmanager sind bitterböse, und die NDPD gab kürzlich zu: „Kitsch kann auch der Volkswirtschaft dienen, nur darf man ihn eben nicht im eigenen Land verkaufen.“

Dabei scheinen der NDPD einige Dinge entgangen zu sein, die noch keine Ostzeitung zur Sprache brachte. Gemeint sind jene Pieck- und Grotewohl-Büsten, die als Miniaturtintenfässer (!) vor zwei Jahren von einer thüringischen Glashütte produziert wurden, um sofort aus dem Verkauf gezogen und in einem Ostberliner Lagerhaus gestapelt zu werden. Ebenso jene Lenin-Büste mit eingebauter Spieluhr, die leise quetschend „Völker, hört die Signale!“ von sich gibt. Wer bezweifelt, daß es diese Dinge gibt, mag in das DEFA-Studio, Babelsberg, gehen, dort stehen sie als Requisiten. Man wollte einen „Stacheltier“-Kurzfilm darüber drehen, aber die Partei hat das vorsorglich verboten und ließ für die filmische Schaustellung nur unpolitischen Kitsch zu.

Wer erinnert sich noch, daß eine sowjetzonale Teppichweberei 1950 40 000 Teppiche mit dem Emblem der „DSF“ und der Inschrift „Für die deutsch-sowjetische Freundschaft“ herstellte? Bis dann einer darauf kam, daß man diese Freundschaft doch nicht täglich mit Füßen treten könne. Die Firma war jedoch nicht kleinlich und pries die Dinger künftig als „Wandteppiche zur Ausschmückung von Kulturräumen“ an.

Drehbare Funktionärsköpfe

Der meiste Parteikitsch ist der Öffentlichkeit kaum bekannt, da es sich hierbei um Sonderanfertigungen für die SED-Spitze handelt. Diese Gegenstände werden dann anlässlich der Auszeichnung eines verdienten Parteimitgliedes oder — an ausländische KP-Besucher verschenkt. So rühmte sich der italienische KP-Chef Togliatti,

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

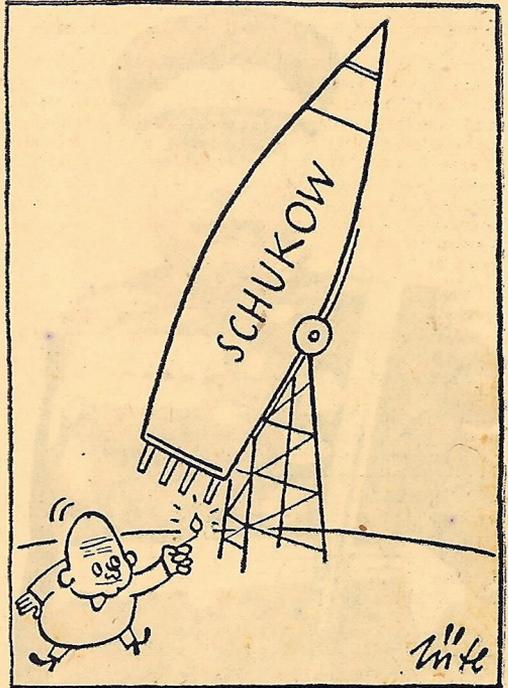
Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtshofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

von Ulbricht ein goldgefaßtes SED-Abzeichen, mit lupenbarer Verleihungsurkunde eingelegt, erhalten zu haben. Derartige Abzeichen wurden — mit Stalin-Bildern, SED-Statut Punkt 1 oder einem Ulbricht-Zitat versehen — in einer Auflage von tausend Stück hergestellt und bilden noch heute eine der in Funktionärskreisen höchstbezahlten Raritäten. In der Reihe der Plastikfiguren gibt es heute sämtliche SED-Führer, zum Teil mit drehbarem Kopf und knickbaren Beinen, zu kaufen. Von einer ganzen Reihe dieser Funktionäre ist bekannt, daß sie sich diese Figuren stolz auf ihre Schreibtische stellten. „Stacheltier“-Chef Georg Honigmann hatte vor Jahresfrist einen bissig-ironischen Film darüber zusammengestellt. Der wurde sogar in der Ostberliner SED-Bezirksleitung vorgeführt und weidlich belacht. Vielleicht hat man, um das eigene kitschige Gemüt zu entlasten, schon darum die Vernichtung der Kitschindustrie forciert. Diese lebt zwar noch in anderen, unpolitischen Variationen. Aber es ist ein schlechtes Leben. Die Ostblockländer nehmen keine Gartzenzwerge ab, und die lukrativeren Absatzgebiete gingen inzwischen verloren. □ □

Kille, kille Pankow!

Wer in der ganzen Welt in Verruf geraten ist, ohne es verdient zu haben, tut gut daran, sich nur noch schweigend mit Tatsachen zu verteidigen. In dieser Situation befindet sich der Berliner Verwaltungsbezirk Nr. 19, Pankow mit Namen. Er ist über den Erdball hinweg ein Begriff geworden, und nicht gerade der beste. „Pankow“ — das ist sowjetzonaler Kommunismus, das ist Pieck, Ulbricht und Grotewohl —, ein Schreckenswort schlechthin!

Gerade deshalb wird es Zeit, für diese etwas abseits gelegene Berliner Wohngegend redlicher Angestellter, Schulmeister und Kleinbürger eine Lanze zu brechen. Das „Neue Deutschland“, das SED-Zentralorgan, rüffelte dieser Tage die SED-Kreisleitung Pankow erneut, in der Werbung für die kommunistische Parteipresse von allen Ostberliner Bezirken das Schlußlicht zu bilden: „Eine Ausnahme dabei macht der Kreis Pankow, bei dem nicht der Ehrgeiz sichtbar wird, die „Rote Lampe“ loszuwerden“, schreibt das „Neue Deutschland“. Diese „Rote Lampe“ hält Pankow seit nunmehr zwei Jahren fest in der Hand. Es scheint überhaupt der Bezirk zu sein, der sich von den Großkopfen der SED die meisten Schmutzkübel der Kritik gefallen lassen muß. Leider sind keine Prozentzahlen über die SED-Mitgliedschaft der einzelnen Ostberliner Verwaltungsbezirke bekannt. Es darf aber als sicher gelten, daß — abzüglich der vielen Bonzen, die sich im Norden seßhaft gemacht haben — auch in dieser Hinsicht die Bevölkerung des Gebietes zwischen dem U-Bahnhof Vinetastraße und dem Ortsteil Buch ein ähnlich klares Bekenntnis gegen jene Leute abgelegt hat, die den Namen Pankows in aller Welt verunzierten. Das chronisch negative Ergebnis



Marschall Sputnik?

der Werbung für die SED-Presse ist jedenfalls ein zuverlässiges Stimmungsbarometer.

Pankow hat sich schweigend mit Tatsachen gerechtfertigt. Es gebührt ihm Anerkennung dafür und ein freundschaftliches Kraulen nach alter Berliner Volksliedweise: Kille, kille...

„Ich bin der kleine Pinja“

Chruschow erzählt eine beziehungsreiche Fabel

Moskau (DPA). Eine beziehungsreiche Fabel erzählte der sowjetische Parteisekretär Chruschow dem INS-Korrespondenten in Moskau, Serge Fliegers, auf einem Empfang in der iranischen Botschaft, kurz nach der Bekanntgabe der Ablösung Marschall Schukows. Chruschow sagte:

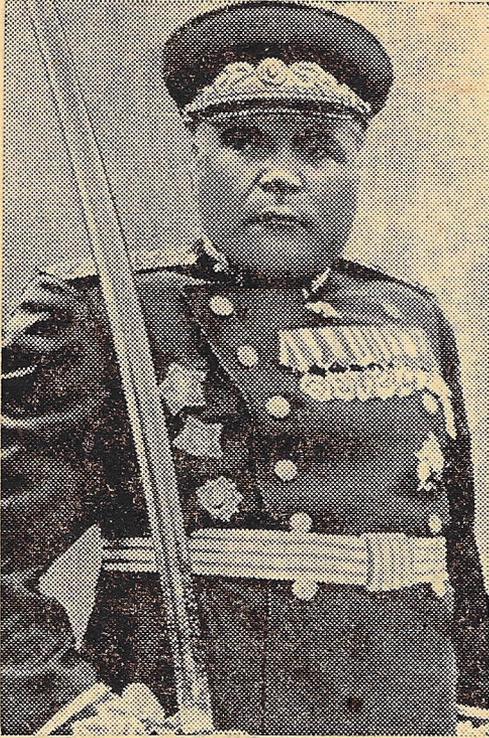
„Vor einiger Zeit saßen drei Leute in einem Gefängnis: ein Sozialdemokrat, ein Anarchist und ein bescheidener kleiner Jude — ein kleiner Bursche namens Pinja, mit wenig Schul-

bildung. Sie beschlossen, einen Führer zu wählen, der über die Verteilung von Nahrung, Tee und Tabak wachen sollte. Der Anarchist, ein großer stämmiger Bursche, war gegen den rechtmäßigen Prozeß, einen Führer zu wählen. Um seine Verachtung für Recht und Ordnung zu zeigen, schlug er vor, den kleinen Pinja zu wählen. Und sie wählten ihn.

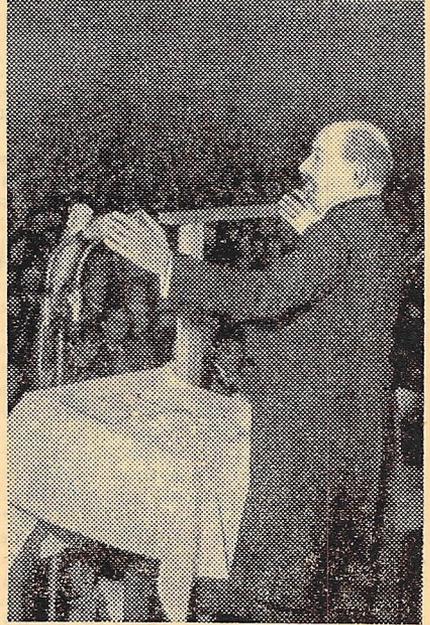
Alles entwickelte sich prächtig. Dann beschlossen sie zu flüchten und gruben einen Tunnel nach außen. Aber es wurde ihnen klar, daß derjenige, der

zuerst durch den Tunnel kroch, von dem Wachposten erschossen werden könnte. So richteten alle ihre Blicke auf den großen tapferen Anarchisten, aber der fürchtete sich, als erster zu gehen. Da stand der arme, kleine Jude Pinja plötzlich auf und sagte: Freunde, ihr wählet mich auf demokratische Weise zu eurem Führer. Deshalb will ich als erster gehen.“

Chruschow gab dazu folgende Erklärung: „Die Moral der Geschichte ist: Wie bescheiden ein Mensch auch anfängt, er erreicht die Größe seines Amtes, in das er bestimmt worden ist.“ Und nach kurzem Zögern: „Der kleine Pinja, das bin ich.“



Bilder der Woche



Die Ablösung Schukows durch Marschall Malinowski (links oben) im Amt des sowjetischen Verteidigungsministers und das große Kirchentagstreffen in Berlin, auf dem auch Bischof Dibelius sprach (rechts oben), gehörten zu den wichtigsten Ereignissen der vergangenen Woche. Unten: Delegierte aus Burma auf der Generaltagung des Weltfrontkämpferbundes in Westberlin

